

Warnungen an die Hausärzte

Mediziner stimmen heute
über Kassen-Ausstieg ab

Von Daniel Baumann

Das Bundesgesundheitsministerium und der Spitzenverband der Krankenkassen haben die bayerischen Hausärzte gestern vor der Rückgabe ihrer Kassenzulassung gewarnt. „Jeder Hausarzt, der aus dem GKV-System aussteigt, wird sich Gedanken machen müssen, ob er sich für seine Familie zum letzten Mal für viele Jahre ein Weihnachtsgeschenk leisten können wird“, sagte der stellvertretende Vorstandsvorsitzende des Spitzenverbandes der Krankenkassen, Johann-Magnus von Stackelberg. Die Behandlung von Kassenpatienten sei dann für sechs Jahre nicht mehr möglich. 90 Prozent der Versicherten sind Kassenpatienten. Die Kassen warnen zudem den bayerischen Hausärztechef Wolfgang Hoppenthaller vor der Machtprobe. „Wenn Herr Hoppenthaller meint, gegen das deutsche Rechtssystem vorgehen zu müssen, dann überschätzt er sich“, sagte von Stackelberg.

Auch das Bundesgesundheitsministerium warnt die heutige

**Die Städte
werden nicht
betroffen sein**

Versammlung der bayerischen Hausärzte in Nürnberg. „Die Hausärzte in Bayern sollten

die möglichen Folgen einer Rückgabe ihrer Kassenzulassung bedenken“, sagte Staatssekretär Stefan Kapferer. Patienten müssten sich aber nicht sorgen: Die medizinische Versorgung werde bei einem Ausstieg der Hausärzte mit Hilfe anderer Mediziner gesichert. Ob das gelingt, ist fraglich. Gerade in abgelegenen Gebieten gibt es oft nur noch Hausärzte.

Patienten in Ballungsgebieten müssen sich dagegen gar keine Sorgen machen. Nach FR-Informationen werden sich die Mediziner in München, Erlangen, Fürth und Nürnberg nicht an der Rückgabe der Kassenzulassungen beteiligen. Das hat strategische Gründe. In den Ballungsgebieten gibt es eine ärztliche Überversorgung. Wenn dort Ärzte aus der Versorgung ausscheiden, können sie leicht ersetzt werden.

Die Land-Ärzte sind dagegen unverzichtbar. Den Hausärzteverband schreckt deshalb auch nicht, dass laut Sozialgesetzbuch Mediziner frühestens sechs Jahre nach Rückgabe der Kassenzulassung wieder Kassenpatienten behandeln dürfen. Die Funktionäre setzen darauf, dass die Gesetze geändert werden, wenn die Patientenversorgung gefährdet ist. So wollen sie erreichen, dass die Kassen künftig direkt Verträge mit den Hausärzten abschließen können. Mit dem jetzigen Honorarsystem sind sie unzufrieden.

Der Simon von der Polizei

Das LKA soll einen V-Mann in die linke Heidelberger Studentenszene eingeschleust haben

Von Felix Helbig

Die Romanreihe des österreichischen Schriftstellers Wolf Haas beginnt zumeist mit demselben Satz, einem Stoßseufzer seines kauzigen Krimihelden Simon Brenner: „Jetzt ist schon wieder was passiert!“

Anders als die literarische Vorlage aber hat jener Simon Brenner, der im vergangenen Mai im linken Heidelberger Studenten-Milieu aufkreuzte, wohl einiges dazu beigetragen, dass schon wieder was passierte. Simon Brenner, 24, soll an der Planung und Ausführung mehrerer Aktionen, darunter der Südblockade des Castor-Transports am 6. November im pfälzischen Berg, beteiligt gewesen sein, die von der Polizei als Straftat angesehen wurden. Simon Brenner aber, das macht die Sache problematisch, ist allem Anschein nach selbst Polizist.

Er sei auf einmal dagewesen, sagt Michael Csaszkozy von der Antifaschistischen Initiative Heidelberg, ein „offener, freundlicher junger Mann, der sich engagieren wollte“. Csaszkozy selbst ist bekanntgeworden durch die rechtswidrigen und letztlich erfolglosen Versuche der Landesregierungen in Baden-Württemberg und Hessen, ihm wegen mangelnder Verfassungstreue die Anstellung als Lehrer zu verweigern. Das ist Jahre her, doch am vorvergangenen Wochenende hat es ihn wieder eingeholt. Seither glauben die linken Studenten in Heidelberg zu wissen, dass Simon Brenner gar nicht so heißt. Und dass er auch kein linker Aktivist ist, sondern verdeckter Ermittler vom Landeskriminalamt in Stuttgart.

Aufgeflogen ist der mutmaßliche V-Mann bei den Linken während einer Party, ganz plötzlich, ganz einfach. Eine Urlaubsbekanntschaft aus Südfrankreich, der er erzählt hatte, Polizist zu sein, erkannte ihn wieder, es soll der Satz gefallen sein: „Du bist doch der Simon von der Polizei.“



Die Castor-Blockade in Berg – vom V-Mann mitgeplant? RTR

SPÄTZLE-STASI

Die Enttarnung zweier Spitzel hat das baden-württembergische Innenministerium schon vor 18 Jahren in Bedrängnis gebracht. Damals drangen verdeckte Fahnder des LKA in politische Zirkel ein, die sie als RAF-Helfer verdächtigten.

Ohne konkreten Tatverdacht sammelten sie damals Informationen über Zielpersonen. Als die „Spätzle-Stasi“ genannte Affäre aufflog, mussten etliche Ermittler abgezogen werden. big

Die Studenten stellten ihn daraufhin in einer Kneipe zur Rede.

„Er hat alles sofort zugegeben“, sagt Csaszkozy, „er hat eingestanden, dass die Antifaschistische Initiative das Zielobjekt war, dass er keine namentliche Zielperson habe, dass er die Szene aushorchen sollte“. Auch seine Abteilung soll „Brenner“ benannt haben: 540. Das Landeskriminalamt Baden-Württemberg führt die Abteilung für „Verdeckte Ermittlungen“ unter der Abkürzung „I540“.

Hacker aus der Szene begannen daraufhin, die Identität ihres vermeintlichen Freundes zu erforschen, seine E-Mail-Accounts zu knacken und seine Handy-Abrechnungen, die der FR vorliegen. Genau 47-mal rief „Brenner“ demnach allein aus dem No-Border-Camp vom 27. September bis 3. Oktober in Brüssel auf einer deutschen Handy-Nummer an. Wählt man nun die Nummer, meldet sich ein Mann, der auf die Frage, ob er Angehöriger des Landeskriminalamts sei, sofort auflegt. Das LKA selbst äußert sich auf FR-Anfrage nicht. Ebenso das Innenministerium des Landes.

Neben Einzelbindungsnachweisen fanden die Hacker etwa 2000 E-Mails, die sich der Mann mit Mitgliedern der Szene schrieb, darunter solche, in denen er zur Blockade von Biblis aufruft, sich „mit Schrecken“ über den Polizeieinsatz im Stuttgarter Schlossgarten äußert oder sich auf Brüssel freut. Dazu seine Immatrikulation an der Heidelberger Uni für die Fächer Germanistik und Ethnologie, seine Mietverträge für gleich zwei Wohnungen, seine Suche nach einem Stellplatz in einer Tiefgarage.

Csaszkozy erinnert das alles an einen Skandal vor 18 Jahren, als verdeckte Ermittler die linke Szene in Baden-Württemberg ohne Rücksicht auf Bürgerrechte und Datenschutz aushorchten und erst aufflogen, als eine Tübinger Studentin ein Kind von einem der V-Männer bekam. Die Affäre ging als „Spätzle-Stasi“ in die Geschichte ein. Damals sei es wenigstens um das RAF-Umfeld gegangen, sagt Csaszkozy. „Die jetzige Aktion bei Antifaschisten, Klimaschützern und Castorgegnern ist völlig abwegig, ein Einsatz der Polizei gegen die außerparlamentarische Opposition. Das ist eindeutig rechtswidrig.“

Der junge Mann, der sich Simon Brenner nannte, ist verschwunden seit der Kneipenrunde. Ans Telefon geht er nicht.

Böhrs vergiftetes Erbe

Rheinland-pfälzische CDU muss wegen illegaler Wahlkampffinanzierung Konten plündern

Von Joachim Wille

Die Sozis können mit Geld nicht umgehen – in diese Kerbe hieb vorige Woche noch die Rheinland-Pfalz-CDU. Sie baute „Becks Schuldenmeile“ vor dem Landtag auf, um die SPD-Abgeordneten im Land von „König Kurt“ vor der Haushaltsabstimmung zu ermahnen. Doch die Union hätte die Installation auch bei sich selbst aufbauen können. Sie muss bis zu 1,2 Millionen Euro zusammenkratzen, um die Folgen ihres Finanzskandals zu beheben.

Den Verdacht gab es seit langem, nun hat die Union es offen

eingestanden: Der Landes-Wahlkampf 2006 wurde illegal finanziert. Unter Ex-Spitzenkandidat Christoph Böhr wurden rund 400 000 Euro aus der Kasse der Landtagsfraktion abgezweigt, um Honorare für Berater zu zahlen, die den spröden Böhr dem Wahlvolk besser „verkaufen“ sollten.

Die heutige Spitzenkandidatin Julia Klöckner zeigte sich empört. Man sei von Böhr „hinters Licht geführt worden“. CDU-General Josef Rosenbauer stellte klar: Die Zahlungen seien als „unzulässige Parteispenden zu qualifizieren“. Folge: Die Union wird nicht nur die 400 000 Euro an den Bundes-

tag zahlen müssen. Hinzu kommt wohl auch eine Strafe in zweifacher Höhe, also 800 000 Euro, die der Bundestagspräsident festsetzt.

Für die Union, die sich Hoffnung machte, Beck bei der Landtagswahl Ende März vom Thron zu stoßen, ist das fatal. Das nach Kräften polierte Sauberfrau-Image der Beck-Herausforderin Klöckner und ihrer Truppe wird überschattet. Die SPD wirft ihr nun vor, den Skandal bisher nach Kräften vertuscht zu haben. Aber auch die Parteikasse wird kräftig strapaziert. Einen Kredit muss die Union angeblich aber nicht aufnehmen. Sie will die Zahlungen

an den Bundestag aus Geld bestreiten, das beim Verkauf des Gebäudes der CDU-Geschäftsstelle in Mainz hereinkam. Das reiche auch für die mögliche Strafe, sagte ein Parteisprecher der FR.

Indes hofft die CDU, von Böhr Schadenersatz erstreiten zu können. Wie gut die Chancen sind, hängt auch von der Staatsanwaltschaft Mainz ab. Sie ermittelt gegen Böhr und den wohl nicht zufällig jüngst zurückgetretenen Hamburger Finanzsenator Carsten Frigge (CDU) wegen Untreue respektive Beihilfe deswegen. Frigge war Chef der Düsseldorfer Agentur „4C“, die Böhr beriet.